

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

51. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 3 · 5. Mai 2020

Krisenstab

Auch der Landtag arbeitet derzeit unter ungewöhnlichen Voraussetzungen. Ein Krisenstab hat besondere Schutzmaßnahmen ergriffen, damit das Landesparlament arbeitsfähig bleibt. S. 3

Epidemie-Gesetz

Mit dem „Epidemie-Gesetz“ hat das Parlament Vorkehrungen für den Fall einer sich verschärfenden Corona-Krise getroffen. Zugleich stellte es eine landesweite „epidemische Lage“ fest. S. 6

Rheinbrücke

Die Probleme beim Neubau der Levertkuser Rheinbrücke haben die Abgeordneten auf Antrag der Opposition beschäftigt. Wegen der Probleme war der Vertrag mit dem Generalunternehmer gekündigt worden. S. 13

Kinder und Familien

Die Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in der Corona-Krise war Thema einer Aktuellen Stunde. Grundlage: Anträge der Grünen-Fraktion sowie der Fraktionen von CDU und FDP. S. 14

Rettungsschirm

Landtag beschließt Corona-Hilfen

INHALT



Milliarden-Programm gegen Corona-Folgen

Landtag beschließt einstimmig Nachtragshaushalt und

„NRW-Rettungsschirmgesetz“ S. 4

Foto: Schälte

Aus dem Plenum

Parlamentarismus in
Zeiten der Pandemie S. 3

Landtag verabschiedet
„Epidemie-Gesetz“ S. 6

Corona und die Versorgungs-
lage im Land S. 7

Gesetzgebung S. 8

Aus dem Plenum

Landtag debattiert
Corona-Situation S. 9

Meldungen S. 10

Rheinbrücke im Blickpunkt ... S. 13

Corona und die Folgen
für Familien S. 14

Im Porträt
Carsten Löcker (SPD) S. 15

Kurz notiert S. 16

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Georg Th. Schumacher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 30. April 2020, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Parlamentarismus in Zeiten der Pandemie

Präsident Kuper: „Der Landtag bleibt arbeitsfähig“

Februar/März/April 2020 – Die Corona-Pandemie hat auch den Landtag vor neue Herausforderungen gestellt. Ein parteiübergreifender Krisenstab reagierte schnell, um die Handlungsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten. Die Demokratie zeige ihre Stärke, betonte der Präsident des Landtags, André Kuper.

Schon früh hatte sich der Krisenstab gebildet, dem neben dem Präsidenten die Vizepräsidentinnen Carina Gödecke, Angela Freimuth und Vizepräsident Oliver Keymis sowie jeweils eine Vertreterin beziehungsweise ein Vertreter der fünf Fraktionen angehören. Auf Grundlage der Empfehlungen von Bundes- und Landesregierung sowie des Robert Koch-Instituts beschlossen sie u. a., das Besuchsprogramm des Landtags vorerst einzustellen und geplante Veranstaltungen abzusagen, um das Infektionsrisiko und damit die Ausbreitung des Coronavirus zu minimieren. Plenar- und Ausschusssitzungen finden weiter statt, allerdings unter Beachtung besonderer Schutzmaßnahmen.

So werden beispielsweise nur noch die großen Sitzungsräume des Landtags für Ausschusssitzungen genutzt, um den vorgeschriebenen Abstand zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sicherstellen zu können. Präsident Kuper betonte, dass das Parlament in der Pandemie zusammenstehe und arbeitsfähig bleibe. Und er fügte hinzu: „Auch und gerade in Krisenzeiten kann und wird sich das Parlament bewähren. Die Abgeordneten bleiben an Bord und gehen ihren Aufgaben weiter nach. Aber wir reduzieren – wie alle – unsere öffentlichen und persönlichen Kontakte.“

Dann überschlugen sich die Ereignisse. Kurzfristig verständigten sich die Spitzen der fünf Fraktionen auf Vorschlag der Landesregierung darauf, bereits am 24. März 2020 – und

damit noch vor dem für den 1. April 2020 geplanten regulären Plenum – zu einer Sondersitzung zusammenzukommen. Einziges Thema: die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie.

Die Sondersitzung ging in die Geschichte ein: An nur einem Tag beschloss das Parlament einstimmig in drei Lesungen einen Nachtragshaushalt in Höhe von 25 Milliarden Euro. Mit einem Sondervermögen, dem „NRW-Rettungsschirm“, sollen alle direkten und indirekten Folgen der Krise bewältigt werden (siehe Bericht auf den S. 4 und 5). Unterbrochen wurde die Sitzung für die notwendigen Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses.

Sondersitzungen statt Osterpause

Und noch in einer weiteren Hinsicht war die Sitzung außergewöhnlich: Um den Schutzabstand zwischen den Abgeordneten zu garantieren, nahm nur ein Drittel der Abgeordneten teil.

Erneut in kleinerer Besetzung, aber voll arbeits- und beschlussfähig, tagte der Landtag dann wieder am 1. April 2020. Auch hier stand die Pandemie im Mittelpunkt der Diskussion (siehe Bericht S. 6 und 7). Eine Woche später kamen die Abgeordneten zu einer weiteren Sondersitzung zusammen. Die Landesregierung brachte den Entwurf für ein sogenanntes Epidemie-Gesetz in den Landtag ein, mit dem Vorkehrungen für eine mögliche weitere Verschärfung der Corona-Lage getroffen werden sollten.

Um ein zügiges Verfahren zu gewährleisten, fiel die Osterpause des Parlaments aus – insgesamt elf Fachausschüsse waren am weiteren Verfahren beteiligt. Am Montag, 6. April 2020, führten Gesundheitsausschuss und Rechtsausschuss eine Anhörung von Sachverständigen zum Gesetzentwurf der Landesregierung durch. Zum Teil wurden Experten, die wegen der Pandemie nicht anreisen konnten, über eine Videokonferenz zugeschaltet.

Drei Tage später, am Morgen des Gründonnerstags, berieten dann viele der beteiligten Fachausschüsse abschließend über den Gesetzentwurf. Im Anschluss fand die zweite Lesung des Entwurfs statt. Am Dienstag nach Ostern kamen die Parlamentarier zur dritten und abschließenden Lesung zusammen (siehe Bericht S. 6).

Am Donnerstag nach Ostern tagte dann der Schulausschuss. Einziges Thema: die am Vortag von den Ministerpräsidenten und -präsidentinnen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vereinbarten Maßnahmen zu ersten Schulöffnungen. Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) informierte den Ausschuss am frühen Morgen über die konkreten Pläne für die nordrhein-westfälischen Schulen und stand den Abgeordneten Rede und Antwort.

Mit dem Ende der Osterferien ist der Landtag in den regulären Sitzungsbetrieb unter Corona-Bedingungen zurückgekehrt – alle beschlossenen Schutzmaßnahmen bleiben vorerst in Kraft, um auch weiterhin die Handlungsfähigkeit des Parlaments bei gleichzeitiger Eindämmung des Virus zu gewährleisten. *red*

Foto: Schälte

**Halten Sie bitte
mindestens einen
Platz Abstand**

PLENUM

Milliarden-Programm gegen Corona

24. März 2020 – Im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie hat der Landtag einstimmig einen von der Landesregierung eingebrachten Nachtragshaushalt in Höhe von 25 Milliarden Euro sowie die Einrichtung eines „NRW-Rettungsschirms“ beschlossen. Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen dankten den Menschen, die derzeit die Versorgung im Land aufrechterhielten, von medizinischem Personal bis zu Verkäuferinnen und Verkäufern. Ihnen spendeten die Abgeordneten stehend Applaus.

Die Fraktionen hatten sich vorab wegen der Eilbedürftigkeit darauf verständigt, alle drei notwendigen Lesungen des Nachtragshaushalts (17/8881) sowie die Verabschiedung des „NRW-Rettungsschirmgesetzes“ (17/8882) ebenso wie die Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses an einem Tag durchzuführen. Um den empfohlenen Sicherheitsabstand einhalten zu können, nahm nur ein Drittel der Abgeordneten an der Sitzung teil.

Vor der Haushaltsberatung fand eine Unterrichtung des Ministerpräsidenten mit anschließender Debatte statt. Die Unterrichtung trug den Titel „Mit Entschlossenheit und Solidarität – Nordrhein-Westfalen gemeinsam gegen die Corona-Pandemie“.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) sagte, es gehe um Leben und Tod. Wichtig sei, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, das Gesundheitssystem massiv auszubauen, auch wenn es schon weltweit zu den besten gehöre, und die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern. Mit dem Rettungsschirm sollten alle di-

rekten und indirekten Folgen bewältigt werden. Laschet warb zugleich um Verständnis für „radikale Maßnahmen“ im Kampf gegen das Virus. Die Landesregierung entscheide jeden Tag, was die besten Antworten in der Krise seien. Dabei gehe es nicht um die härtesten Maßnahmen, sondern die besten.

Das Virus bedrohe viele Menschenleben, aber auch die wirtschaftliche Existenz von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Solo-Selbstständigen, kleinen und mittleren Unternehmen bis hin zu Dax-Konzernen, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Das Leben der Menschen sei „das höchste zu schützende Gut“, deshalb sei man bereit, „unsere Volkswirtschaft bewusst in eine konjunkturelle Krise zu führen“. Die „Nebenwirkungen“ müssten aber von stabilisierenden Maßnahmen flankiert werden. Dabei sicherte er der Landesregierung eine konstruktive Begleitung zu. Wichtig seien Mut, Zuversicht und Solidarität.

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** nannte die Verabschiedung des Rettungsschirms einen „po-

litischen Kraftakt“. Es werde schnell gehandelt, niemand werde vergessen. Das Handeln von Landesregierung und Landtag diene dem Zweck, Unsicherheit zu nehmen und Sicherheit in der Krise zu geben. Die von der Landesregierung verhängten Maßnahmen im Kampf gegen das Virus nannte Löttgen „zielgerichtet, sinnvoll und verhältnismäßig“. Und er appellierte: „Das Wir ist wichtiger als das Ich.“ Mit dieser Solidarität schütze man sich selbst und andere. Für alle, die sich nicht an die Regeln hielten, gelte „null Toleranz“.

Konjunkturprogramme

Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker** sicherte der Landesregierung Unterstützung zu. Ziel sei es, dass Hilfe schnellstmöglich dort ankomme, wo sie gebraucht werde. „Nur gemeinsam können wir diese Herausforderung meistern“, sagte Düker. Im „Kampf gegen die Zeit“ sei das öffentliche Leben zu Recht auf ein Minimum reduziert worden. Kontaktverbote seien verhältnismäßig und geboten.

Fotos: Schälte

Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Monika Düker (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

-Folgen



Ministerpräsident Armin Laschet (CDU)

Der Staat müsse die Gesundheit aller im Blick haben. Alle Eingriffe in Freiheitsrechte müssten aber befristet sein und überprüft werden. Um die Wirtschaft nach der Krise wieder anzukurbeln, seien Konjunkturprogramme erforderlich.

FDP-Fraktionschef [Christof Rasche](#) betonte, es drohen infolge der Pandemie Insolvenzen, Arbeitslosigkeit und viele unverschuldete Schicksale. Die gemeinsame Aufgabe der Politik sei, dies zu verhindern. Mit dem Rettungsschirm des Landes sollten die Hilfspakete des Bundes unterstützt werden. Im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus müsse es darum gehen, Kontakte zu reduzieren und landesweit die Tests auszuweiten, um Infizierte isolieren zu können. Es seien harte Maßnahmen verhängt worden. Dabei werde Freiheit eingeschränkt.

Diese Maßnahmen seien aber notwendig und keine Entscheidung werde leichtfertig getroffen.

Man müsse gemeinsam für Verständnis werben, „warum die heftigen Einschnitte in unser aller Privatleben tatsächlich vonnöten sind“, sagte [Dr. Martin Vincenz](#) (AfD). Erfreulich sei, „mit welcher Solidarität Nordrhein-Westfalen zusammensteht“. Allerdings müsse auch Kritik erlaubt sein. Bereits eine „normale Grippewelle“ stelle Kliniken vor Probleme. Der „Normalbetrieb“ sei häufig nur aufrechterhalten worden, weil die Beschäftigten Außerordentliches geleistet hätten. Kliniken dürften nicht nur als Betriebe betrachtet werden, die Gewinne erwirtschaften, sondern seien „wichtige Infrastruktur“.

wib, zab

Hilfsprogramm

Im „Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungsschirmgesetz); 17/8882“ heißt es u. a., dass über das Sondervermögen „Mittel in Höhe von bis zu 25 Milliarden Euro für alle direkten und indirekten Folgen der Corona-Krise zur Verfügung gestellt“ werden sollen. Die „Befüllung des Sondervermögens erfolgt durch eine Kreditaufnahme im Landeshaushalt“. Nach Angaben von Landesfinanzminister [Lutz Lienenkämper](#) (CDU) sollen mit dem Rettungsschirm u. a. Unternehmen in der Corona-Krise geschützt und Arbeitsplätze gesichert werden. Vorgesehen sind demnach Hilfe für die Wirtschaft durch eine Erleichterung von Kreditaufnahmen sowie Hilfen für Kleinunternehmen und Solo-Selbstständige.

Debatte zum Haushalt

Die erforderlichen drei Lesungen des Nachtragshaushalts in Verbindung mit der Verabschiedung des „NRW-Rettungsschirmgesetzes“ erfolgten im Anschluss an die Unterrichtung der Landesregierung an einem Tag. Im Folgenden Auszüge aus der Debatte.

Finanzminister [Lutz Lienenkämper](#) (CDU) brachte den Nachtragshaushalt ein. Entscheidend sei: „Wir halten die soziale Marktwirtschaft in Nordrhein-Westfalen am Leben, indem der Staat auch in der wohl größten ökonomischen Krise seit der Gründung unseres Landes die richtigen Rahmenbedingungen setzt.“

[Michael Hübner](#) (SPD) sagte: „Das Gesetz, das wir heute debattieren, ist zugegebenermaßen ein Blankoscheck über 25 Milliarden Euro. Ein Rettungsschirm, den die Menschen in NRW aber brauchen werden.“

Es habe seitens des Landes „nie weitreichendere Maßnahmen zum Schutz der Bürger und zum Schutz der Wirtschaft gegeben“, sagte [Arne Moritz](#) (CDU): „Wir tun alles, um Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor dem Kollaps zu bewahren.“

In vielen Bereichen seien „notwendige Maßnahmen“ bereits angelaufen, sagte Grünen-Fraktionschefin [Monika Düker](#). Die Steuerverwaltung sei „unbürokratisch und gut am Start“. Dafür sei sie dankbar.

[Ralf Witzel](#) (FDP) sprach von einem „Hilfsprogramm von historischer Dimension“. Es dokumentiere Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit. Dies sei auch wichtig „für die Stabilisierung und Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie“.

Es sei „nachvollziehbar und richtig, in dieser Situation zunächst einmal Geld für die nötigsten Maßnahmen bereitzustellen“, sagte AfD-Fraktionschef [Markus Wagner](#). Der Nachtragshaushalt sei aber „weitgehend un-spezifiziert“.



Dr. Martin Vincenz (AfD)

PLENUM

Landtag verabschiedet „Epidemie-Gesetz“

Epidemische Lage von landesweiter Tragweite festgestellt

1./9./ 14. April 2020 – Der Landtag hat mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen in dritter Lesung das sogenannte Epidemie-Gesetz verabschiedet. Die AfD-Fraktion, die die dritte Lesung beantragt hatte, stimmte in einer Sondersitzung am 14. April 2020 gegen den Entwurf. Der Landtag stellte im Anschluss eine „epidemische Lage von landesweiter Tragweite“ fest.

Diese Feststellung ist die Voraussetzung dafür, dass das „Epidemie-Gesetz“ angewendet werden kann. Es sieht Regelungen für den Fall vor, dass sich die Lage weiter verschärft.

Ursprünglich waren zwei Lesungen für den Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehen. Vor der zweiten Lesung am 9. April 2020 hatten sich die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen auf Änderungen am Entwurf für das „Gesetz zur konsequenten und solidarischen Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung des Landesrechts im Hinblick auf die Auswirkungen einer Pandemie“ (17/8920, 17/8969, 17/8971 und 17/8986) verständigt. So wurde u. a. die Feststellung einer „epidemischen Lage von landesweiter Tragweite“ durch den Landtag mit einer Frist von jeweils zwei Monaten versehen. Sie muss stets neu durch das Parlament festgestellt werden. Die zunächst geplante Regelung für eine Verpflichtung von medizinischem Personal wurde durch ein Freiwilligenregister ersetzt.

Landtag Intern berichtet im Folgenden über die zweite Lesung vom 9. April 2020.

Das Parlament habe die Möglichkeit, schon im Vorfeld einer Notlage rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, „mit denen die Exekutive in die Lage versetzt wird, die nach ihrer Einschätzung notwendigen Maßnahmen zu ergreifen“, sagte [Peter Preuß](#) (CDU). Genau dies geschehe mit dem Gesetzentwurf und den Änderungsanträgen. Letztere blieben jedoch hinter den Handlungsoptionen des ursprünglichen Entwurfs zurück.

Der ursprüngliche Gesetzentwurf der Landesregierung habe „massive Grundrechtseingriffe“ vorgesehen, sagte [Lisa Kapteinat](#) (SPD) und nannte u. a. die Zwangsverpflichtung von medizinischem Personal. Eine solche Zwangsverpflichtung unterwandere die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger. Namhafte Verfassungsrechtler hätten den Entwurf kritisiert. Es sei gut, dass man nun gemeinsam ein verfassungsgemäßes Gesetz auf den Weg bringe.

„Kontrolle des Landtags“

Ihrer Fraktion sei klar gewesen, dass der Entwurf nicht so verabschiedet werden könne, wie er eingebracht worden sei, sagte [Susanne Schneider](#) (FDP). Man habe die Bedenken von Rechtswissenschaftlern und die Sichtweisen unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure aus dem Gesundheitswesen aufgenommen. Im Vordergrund stehe, dass das Vorgehen der Exekutive selbst in Extremsituationen der Kontrolle des Landtags unterliege.

Für die Grünen-Fraktion sagte [Mehrdad Mostofizadeh](#), es sei wichtig gewesen, im Verfahren „Stopp zu rufen“. So sei die zunächst geplante Zwangsverpflichtung nicht richtig gewesen. Das nun vorgesehene Freiwilligenregister sei zielführender, weil zunächst ein Bedarf und ein Konzept entwickelt werden müssten. Es sei falsch, jemanden rekrutieren zu wollen, bevor man seine eigenen Hausaufgaben gemacht habe.

AFD-Fraktionschef [Markus Wagner](#) sagte, das Vorgehen der Landesregierung sei „blamabel

und peinlich“ gewesen. Gerade, wenn Politik von der Bevölkerung fordere, sich an Regeln zu halten, müsse sie sich vorbildlich verhalten. Er bemängelte auch am geänderten Entwurf handwerkliche Fehler und kritisierte, seine Fraktion sei unzureichend in die Beratungen eingebunden worden.

Gesundheitsminister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU) begrüßte, dass der „Kern“ des Gesetzentwurfs beibehalten worden sei. Das Gesetz gebe der Landesregierung die Handhabe, so gut wie möglich gegen die Corona-Pandemie zu kämpfen. Die Landesregierung werde sorgsam mit den Instrumenten umgehen, die ihr an die Hand gegeben würden. Er dankte zugleich insbesondere dem medizinischen Personal. „Danke an alle, dass ihr da seid.“ *wib, zab*

„Epidemie-Gesetz“

Mit dem „Epidemie-Gesetz“ sollen laut Landesregierung Vorkehrungen für den Fall einer sich weiter verschärfenden Pandemie-Lage getroffen werden. Es schafft demnach „ein Regelwerk zur Bestimmung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite“. Die erste Lesung hatte am 1. April 2020 stattgefunden. Am 6. April 2020 hörten der federführende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie der Rechtsausschuss Sachverständige dazu. Am Morgen der zweiten Lesung (9. April 2020) waren die insgesamt elf beteiligten Fachausschüsse zu ihren abschließenden Beratungen über den Entwurf zusammengekommen.

Corona und die Versorgungslage im Land

Aktuelle Stunde: Landtag debattiert über Schutzausrüstung

1. April 2020 – Im Mittelpunkt stand der akute Mangel an Schutzkleidung und -masken insbesondere für das medizinische Personal. Die SPD-Fraktion hatte die Debatte beantragt.

In ihrem Antrag „Gesundheits- und Ernährungsversorgung in Pandemiezeiten sichern“ (17/8922) kritisiert die Fraktion u. a. einen Mangel an Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln für das Gesundheitspersonal. Zudem fehlten Helferinnen und Helfer für die jetzt beginnende Erntezeit.

Viele Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger sowie andere Beschäftigte in Heilberufen erlebten die Pandemiekrise zunehmend auch als Vertrauenskrise, sagte **Josef Neumann** (SPD). Es gebe zu wenig Schutzkleidung. Bei vielen Haus- und Fachärzten komme gar nichts mehr an. Die Lage bei der Versorgung mit Arzneimitteln sei schon vor der Corona-Pandemie schwierig gewesen, weil in Europa keine Medikamente mehr produziert würden. In diesem Zusammenhang seien Eingriffe des Staates und eine Marktregulierung erforderlich. Die Herstellung von Gesundheitsprodukten in Deutschland und Europa müsse sichergestellt werden.

„Enorme Herausforderung“

Das Vertrauen der Bevölkerung in staatliches Handeln steige und sei so hoch wie lange nicht mehr, entgegnete **Jochen Klenner** (CDU). Die SPD-Fraktion habe lediglich ein Problem beschrieben, aber keine Lösungsansätze genannt. Die Landesregierung habe immer deutlich gemacht, „dass die Frage der persönlichen Schutzausrüstung insbesondere für medizinisches Personal absolute Priorität hat“. Bei einer weltweiten Infektion sei das Schutzmaterial natürlich knapp, sagte Klenner. Da sei Solidarität gefragt. Wenn „mit der Krise Kasse gemacht wird“, müsse dem sofort ein Riegel vorgeschoben werden.

In der Krise zeige sich, „wer systemrelevant ist“, sagte **Josefine Paul** (Grüne). Häufig seien es diejenigen, die sonst nicht im öffentlichen Fokus stünden, deren Arbeit als „zu selbstverständlich“ hingenommen oder sogar übersehen werde. Die Anerkennung müsse sich in einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und mehr Geld widerspiegeln. Die wirtschaftlichen Folgen der Krise träfen nicht alle Menschen gleichermaßen. Keinesfalls dürften die „Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft“ durchs Netz fallen. Da aufgrund der Krise mit mehr Fällen häuslicher Gewalt zu rechnen sei, forderte Paul weitere Hilfsangebote.

Susanne Schneider (FDP) sagte, die Pandemie sei eine „enorme Herausforderung“, auch für das Gesundheitssystem. Deutschland sei aber besser aufgestellt als andere Länder. Sie betonte, dass die Beschäftigten im Gesundheitswesen adäquaten Schutz benötigten und dass es an Schutzmasken und -kleidung mangle. Hier gebe es derzeit einen „Wildwestmarkt“, extreme Preisanstiege, eine hohe Nachfrage und zum Teil kriminelle Machenschaften. Durch die steigende Nachfrage in den USA werde die Situation noch kritischer. Die Landesregierung tue aber viel, um Bezugsquellen zu finden.

Dr. Martin Vincentz (AfD) verwies darauf, dass es seit rund 100 Jahren keine größere Epidemie mehr in Deutschland gegeben habe. Es sei unrealistisch zu erwarten, dass ein Land für eine solche Pandemie Vorräte anlege. Deutschland habe zunächst Schwierigkeiten gehabt, in den Krisenmodus zu kommen. Mittlerweile sei aber alles gut eingestiegen. Vincentz warnte zugleich vor „autokratischen“ Tendenzen angesichts des öffentlichen Bedürfnisses nach mehr Kontrolle. Man müsse sich

Rufen nach einem Kriegswirtschaftsmodus entgegenstellen und zeigen, dass die Demokratie eine solche Lage meistern könne.

Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) sagte, seit Bekanntwerden der ersten Infektionen Ende Februar habe es viele Anstrengungen im Kampf gegen die Pandemie gegeben. Das wichtigste Ziel sei, Zeit zu gewinnen, damit das Gesundheitssystem nicht an seine Grenzen komme. Ein wunder Punkt bleibe der Mangel an Schutzmasken und -kleidung. Die Situation sei „zum Heulen“. Es gebe fast nur Produktionsstätten in China. Von einer gerechten Verteilung könne keine Rede sein.

Laumann versicherte: „Wir tun, was wir können.“ Es sei auch gut, dass nun Firmen in Nordrhein-Westfalen ihre Produktion umstellten. *zab, wib*

Foto: Schälte



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Aussetzung der Anpassung der Abgeordnetenbezüge während der Corona-Krise | 17/8970 | AfD | 1. Lesung am 29. April 2020 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (AbgG NRW) und des Gesetzes über die Rechtsstellung der Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen (FraktG NRW) | 17/9031 | CDU, SPD, FDP, Grüne | 1. Lesung am 29. April 2020 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung | 17/8296 | Landesregierung | 2. Lesung am 29. April 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2020 (Bildungssicherungsgesetz) | 17/9051 | Landesregierung | 1. Lesung am 29. April 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung | 2. Lesung am 30. April 2020 (Beschluss nach Redaktionsschluss)

Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - 2. NHHG 2020) | 17/9060 | Landesregierung | 1. Lesung am 29. April 2020 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Digitalisierung wirtschaftsbezogener Verwaltungsleistungen | 17/9007 | Landesregierung | 1. Lesung am 29. April 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation

Gesetz zur Änderung der Wasserverbandsgesetze aufgrund der Corona-Pandemie | 17/9053 | Landesregierung | 1. Lesung am 29. April 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Gesetz zur konsequenten und solidarischen Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung des Landesrechts im Hinblick auf die Auswirkungen einer Pandemie | 17/8920, 17/8969, 17/8971 und 17/8986 | Landesregierung | 3. Lesung am 14. April 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Zustimmung zum Dreiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer

Gesetze (18. Rundfunkänderungsgesetz) | 17/8130 und 17/8919 | Landesregierung | 2. Lesung am 1. April 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes und des Landesbeamtenversorgungsgesetzes – Gesetz zur Attraktivitätssteigerung des kommunalen Wahlamtes | 17/8452 | Landesregierung | 2. Lesung am 1. April 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften | 17/8795 | Landesregierung | Ausschuss für Digitalisierung und Innovation | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW) | 17/8762 | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen in Nordrhein-Westfalen (Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetz – VHMPG NRW) | 17/8797 | Landesregierung | Ausschuss für Europa und Internationales | in Beratung

Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen (Spielbankgesetz NRW – SpielbG NRW) | 17/8796 | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | 17/8722 | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz) | 17/8417 | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor sehr giftigen Tieren (Gifftiergesetz – GiftTierG NRW) | 17/8297 | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW | 17/8298 | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen | 17/7926 | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der Transparenz von Veranstaltergemeinschaften des lokalen Hörfunks (Lokalhörfunk-Transparenzgesetz NRW) | 17/7907 | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | 17/7753 | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) | 17/7747 | AfD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Anpassung und Bereinigung schulrechtlicher Vorschriften (15. Schulrechtsänderungsgesetz) | 17/7770 | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter | 17/7539 | SPD | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der Transparenz bei Beteiligungen politischer Akteure an Medien (Medientransparenzgesetz NRW) | 17/7360 | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz - GefTierG NRW) | 17/7367 | Grüne | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragtengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW) | 17/6147 | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK | 17/4800 | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | 17/4115 | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | 17/3774 | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Landtag debattiert Corona-Situation

Landesregierung berichtet über Heinsberg-Studie

9. April 2020 – Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat den Landtag vor Ostern über erste Zwischenergebnisse einer Studie zum Infektionsgeschehen im besonders von Corona betroffenen Kreis Heinsberg unterrichtet. Dort waren Ende Februar die ersten Infektionen mit dem Virus in Nordrhein-Westfalen bekannt geworden. In der Debatte ging es auch um mögliche schrittweise Lockerungen der Maßnahmen, die zum Schutz gegen Corona verhängt wurden.

Das Projekt „Covid-19 Case-Cluster-Study“ wird von Prof. Dr. Hendrik Streeck, Direktor des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Bonn, geleitet. Dabei sollen rund 1.000 Menschen und 300 Haushalte untersucht werden. Die Forscher wollen u. a. klären, wie die Dunkelziffer bei den Infektionen ist.

Die Ausbreitung des Virus verlangsamt sich von Tag zu Tag, sagte Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU). Dennoch gäben die Zahlen noch keinen Anlass zur Entwarnung. Auch über die Ostertage müsse das Kontaktverbot eingehalten werden. Es müsse jetzt aber auch darüber nachgedacht werden, Grundrechtseinschränkungen zurückzunehmen, sobald das verantwortbar sei, um in eine „verantwortete Normalität“ zurückzukehren. Um mehr über das Virus zu erfahren, habe die Landesregierung die Studie in Heinsberg in Auftrag gegeben, sagte Laschet. Man wisse jetzt etwas mehr, „aber längst nicht alles“.

„Keine Blaupausen“

Der Staat habe von den Bürgerinnen und Bürgern den Auftrag erhalten, ihre Grundrechte zu schützen, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Dazu gehöre ohne Zweifel auch das Recht auf Leben. Deshalb sei es richtig, alle Gefahren für Leib und Leben abzuwenden. Zu den Grundrechten zählten aber auch die individuellen Freiheitsrechte. Verhänge der Staat Kontaktsperrungen, schränke die Berufs- und Bewegungsfreiheit ein und lege das öffentliche Leben lahm, habe er die „Pflicht, fortlaufend zu prüfen, ob die Maßnahmen erforderlich, notwendig und verhältnismäßig sind“, sagte Kutschaty.

Man stehe jetzt vor der Herausforderung, die Stabilität des Gesundheitswesens zu gewährleisten und „zeitgleich an Maßnahmen zur Rückkehr ins normale Leben zu arbeiten“, sagte CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. Dafür gebe es keine „Checklisten“ und „Blaupausen“. Es könnten nicht alle Beschränkungen gleichzeitig entfallen. Die Menschen hielten sich aber an die Regeln und akzeptierten notwendige Einschränkungen. „Trotz der Tatsache, dass wir vielleicht immer noch am Beginn der Ausbreitung einer Pandemie stehen, stehen wir auch am Beginn der Rückkehr zu einem normalen Leben“, so Löttgen.

Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker** sprach sich gegen eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ bei einer Lockerung der Schutzmaßnahmen aus. So dürfe es nicht sein, dass ältere Menschen isoliert würden. Sie warnte auch vor einem politischen Wettlauf, wer als erster Lockerungen verkünden könne. Sie hoffe, dass beim Gespräch der Ministerpräsidenten mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Woche nach Ostern einheitliche Kriterien festgelegt würden. Sicher sei, dass es große Veranstaltungen auf längere Zeit nicht geben werde. Bei Schulen und Kitas seien schrittweise Lockerungen denkbar bei gleichzeitiger Einhaltung von Hygienemaßnahmen.

FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** betonte, die verhängten Schutzmaßnahmen hätten Leben gerettet. Sie hätten aber auch das Leben aller Menschen verändert, dies werde an den bevorstehenden Ostertagen besonders deutlich. Rasche dankte allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich an die Regeln hielten. Klar sei, dass die Gesundheit an erster Stelle stehe. Dabei dürfe man aber nicht die Zukunft aus den Augen verlieren. Vielen falle die Decke auf den Kopf. Alle seien angewiesen auf eine schrittweise Rückkehr zur Normalität. Dabei würden dann Abstandsge-

bote, Hygienemaßnahmen und kreative Lösungen eine besondere Rolle spielen.

AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** verwies darauf, dass viele Menschen Angst um ihre Zukunft hätten. Es sei vorhersehbar, dass die Zahl der Insolvenzen steige. Dazu komme menschliches Leid, beispielsweise, wenn Angehörige in Heimen nicht mehr besucht werden dürften. Dennoch bleibe die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ruhig und besonnen. Wenn es die Infektionszahlen zuließen und Hygieneschutzmaßnahmen eingehalten würden, sei es möglich, dass weitere Geschäfte öffnen könnten. Hier seien die Erfahrungen aus den Supermärkten hilfreich. Es werde und müsse ein Leben nach der Corona-Krise geben. *zab, wib*



Symbolfoto: Schälte



Beruf und Ausland

29.4.2020 – Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung solle weiter gestärkt werden, fordern die Fraktionen von CDU und FDP in einem Antrag (17/9039), den der Landtag mehrheitlich angenommen hat. In Europa gebe es bei nichtakademischen Berufsabschlüssen zum Teil „sehr große Unterschiede der nationalen Ausbildungssysteme“. Eine europaweite Harmonisierung der beruflichen Bildung erscheine aktuell „nicht wünschens- und erstrebenswert“. In Grenzregionen sollten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern allerdings die grenzüberschreitende Arbeitsplatzwahl sowie Unternehmen die grenzüberschreitende Rekrutierung von Fachkräften erleichtert werden. Durch Austauschprogramme für Auszubildende wie „Erasmus+“ und Zusatzqualifikationen wie die des „Europakauffmanns“ bzw. der „Europakauffrau“ seien bereits Verbesserungen erreicht worden. Die Landesregierung solle bestehende Initiativen für einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt stärken und eine Informationskampagne über Inhalte und Kompetenzen von Berufsausbildungen und beruflichen Möglichkeiten starten. Sie solle zudem die von den Kammern bereitgestellten Zusatzqualifikationen für „Grenzgänger“ weiter bekannt machen und die Kammern zu einer Ausweitung der Angebote animieren. Auslandspraktika im Rahmen von „Erasmus+“ sollen stärker beworben werden. Die Fraktionen von CDU und FDP stimmten für den Antrag. Die SPD-Fraktion war dagegen, Grüne und AfD enthielten sich.

„Schrittweise aus der Krise“

29.4.2020 – Mit „nachhaltigen und zukunftsfähigen Strategien“ müsse Nordrhein-Westfalen schrittweise aus der Corona-Krise geführt werden, so die Grünen-Fraktion in einem Antrag (17/9026). Er wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die SPD enthielt sich. Der „Zustand mit weitreichenden Einschränkungen des öffentlichen

Lebens“ könne „nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus sozialen, gesundheitlichen und demokratischen Erwägungen kein Dauerzustand sein“, heißt es in dem Antrag. Es müsse gelingen, „die Menschen in der Krise zu schützen und gleichzeitig Schritt für Schritt Voraussetzungen zu schaffen, weitere Bereiche des Lebens wieder zu öffnen“. Dabei müsse immer wieder abgewogen werden, „in welcher Geschwindigkeit Maßnahmen gelockert werden und gleichzeitig der Gesundheitsschutz gewährleistet werden kann“. Die Fraktion fordert u. a., die Testkapazitäten in NRW deutlich zu erhöhen, und hält auch den Einsatz einer App zur anonymisierten Warnung für sinnvoll. Es sei zu prüfen, wie Spielplätze baldmöglichst wieder geöffnet werden könnten. Auch in Einrichtungen der stationären Altenpflege seien Besuchsverbote „nur eine zeitlich befristete Lösung und auf das medizinisch absolut notwendige Maß zu reduzieren“. Den Schulträgern und Lehrkräften müsse „die notwendige Zeit eingeräumt werden, um die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit Kinder und Jugendliche schrittweise ihre Schule wieder besuchen können“. In Kooperation mit Trägern, Verbänden und Wissenschaft seien Konzepte zu erarbeiten, „wie die frühkindliche Bildung schrittweise wieder aufgenommen werden kann“.

Abgeordnetenbezüge

29.4.2020 – Die Bezüge von Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen waren Thema im Plenum, wo in erster Lesung zwei Gesetzentwürfe beraten wurden. Im Entwurf (17/9031) der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen heißt es, die Abgeordneten sollen zum 1. Juli 2020 auf die jährliche Anpassung ihrer Bezüge verzichten. Das Abgeordnetengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen sehe jährlich zum 1. Juli eine Anpassung der Abgeordnetenbezüge vor. Diese Anpassung erfolge „nach einem Warenkorb-Modell, das eine negative Entwicklung nicht ausschließt“. Im Jahr 2020 würde eine Anpassung auf der Grundlage der Daten des Jahres 2019 erfolgen. Durch einen Verzicht der zu er-

wartenden Erhöhung setzten die Abgeordneten in Zeiten der Corona-Pandemie ein Zeichen und zeigten sich „solidarisch mit den Menschen im Land, die um ihre Existenzen bangen“. Zahlreiche Menschen seien von der Pandemie wirtschaftlich betroffen und sorgten sich um ihren Arbeitsplatz oder den Fortbestand ihrer Firmen. Der Entwurf sieht vor, dass die Ausgaben des Landes in den zwölf Monaten ab dem 1. Juli 2020 um rund 500.000 Euro niedriger ausfallen sollen als geplant. Die AfD-Fraktion hat einen eigenen Gesetzentwurf (17/8970) eingebracht, demzufolge die Erhöhungen der Bezüge für die Jahre 2020 und 2021 ausgesetzt werden sollen. Angesichts der Pandemie sei es unangemessen, „die automatische Anpassung der Abgeordnetendiäten zuzulassen“.

Saison- und Kulturwirtschaft

29.4.2020 – Mehrheitlich abgelehnt hat der Landtag den Antrag der SPD-Fraktion „Beschäftigte in Saison- und Kulturwirtschaft in der Corona-Krise schützen“ (17/9036). Von dem zunächst bis zum 31. August 2020 geltenden Verbot von Großveranstaltungen seien zahlreiche Volksfeste, Messen und Kulturveranstaltungen betroffen, schreibt die Fraktion. Einschränkungen für den Tourismus bedrohten zudem Arbeitsplätze in der Hotel- und Gastronomiebranche. In Nordrhein-Westfalen seien Kultur- und Kreativwirtschaft mit knapp 300.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 36 Milliarden Euro von großer Bedeutung. Ähnlich wichtig sei das Gastgewerbe mit mehr als 400.000 Beschäftigten, über 10.000 Auszubildenden und rund 16,5 Milliarden Euro Jahresumsatz. Die Landesregierung müsse sich deshalb bei der Bundesregierung dafür einsetzen, „dass die vom Verbot von Großveranstaltungen bis zum 31.08. betroffenen Anbieter und Ausrüster saisonaler Großveranstaltungen Bestandteil des Sonderprogramms für Hotels und Gaststätten werden und somit auch direkte finanzielle Hilfen statt lediglich erleichterten Zugang zu Krediten erhalten“. Im Rahmen des „Rettungsschirms NRW“ solle ein eigenes Zu-



schussprogramm aufgelegt werden, „das ein solches Bundesprogramm flankiert und bereit steht, besondere Härten abzudecken“. Für den Antrag stimmten die Fraktionen von SPD und Grünen, dagegen stimmten die Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der AfD. Ein Entschließungsantrag der Grünen (17/9107) wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Erneuerbare Energien

29.4.2020 – Die Fraktionen von SPD und Grünen fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene trotz Corona-Krise mehr für den Ausbau der Erneuerbaren Energien einzusetzen. Schon lange sei absehbar, dass der mit der „Photovoltaik-Novelle“ im Jahr 2012 eingeführte „Solardeckel“ im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in wenigen Monaten erreicht sein werde, schreiben die Fraktionen in ihrem Antrag (17/9027). Der Solardeckel lege fest, dass keine feste Vergütung mehr für neue Photovoltaikanlagen gezahlt werde, sobald in Deutschland Photovoltaikanlagen mit insgesamt 52 Gigawatt installierter Leistung am Netz seien. Anlagen mit einer Leistung von weniger als 750 Kilowatt seien ohne eine feste Vergütung über das EEG aktuell nicht wirtschaftlich zu betreiben. Die Landesregierung solle sich daher dafür einsetzen, dass kurzfristig eine Gesetzesinitiative in den Bundestag eingebracht werde, mit der der Förderdeckel für die Photovoltaik aufgehoben werde. Zudem solle sich die Landesregierung dafür starkmachen, dass pauschale Abstandsflächen zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung abgeschafft werden. Auf Landesebene seien wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die „die Erreichung der Ausbauziele bei Photovoltaik und Windenergie sicherstellen können“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt.

Unterstützung für Familien

29.4.2020 – Das Land Nordrhein-Westfalen soll die Kosten für die Betreuung von Kindern in der Kita und in Offenen Ganztagschulen

bis zum Ende der Betretungsverbote übernehmen, fordert die SPD-Fraktion. Das biete Sicherheit für Eltern und Kommunen, schreibt die Fraktion in ihrem Eilantrag (17/9102), über den der Landtag beraten hat. Die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens stünden in der Corona-Krise wirtschaftlich und sozial massiv unter Druck. Eltern von jungen und sehr jungen Kindern könnten ihrer Tätigkeit nur voll nachgehen, wenn sie wüssten, dass diese auch betreut würden. Hier könne das Land einen wichtigen Beitrag leisten, indem es Elternbeiträge für die Betreuung in der Tagespflege, der Kita und der Offenen Ganztagsgrundschule bis zum Ende des Betretungsverbots „vollumfänglich“ aussetze. Es bestehe ein „weitgehender Konsens“ darüber, dass es eine Zumutung für Familien sei, Beiträge für Betreuungseinrichtungen zu bezahlen, wenn diese nicht betreten werden dürften. Um Familien zu entlasten, solle die Landesregierung verstärkt auch auf Möglichkeiten der Soforthilfe durch das Infektionsschutzgesetz hinweisen. Im Bund solle sie sich u. a. dafür einsetzen, dass ein „Freistellungsanspruch“ zur Betreuung der Kinder zu Hause gesetzlich abgesichert werde. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt; die Fraktionen von SPD und AfD stimmten dafür, die Grünen enthielten sich.

Bildungssicherungsgesetz

29.4.2020 – Die Landesregierung will mit einem sogenannten Bildungssicherungsgesetz Vorkehrungen für schulische Abschlussprüfungen sowie die Lehrerausbildung in Zeiten der Corona-Pandemie treffen. Sie brachte den Entwurf des „Gesetzes zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2020“ (17/9051) am 29. April 2020 in den Landtag ein. Zudem lag ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion vor (17/9119). Die zweite Lesung war für den 30. April 2020 geplant (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe). Hintergrund sind demnach der aufgrund der Pandemie eingeschränkte Unterricht und die Unwägbarkeiten aufgrund

der dynamischen Pandemielage. Das Ruhen oder teilweise Ruhen des Schulbetriebs führe dazu, dass nicht alle Prüfungen wie vorgesehen durchgeführt werden könnten. Für andere schulische Entscheidungen wie Versetzungen könne es an hinreichenden Leistungsnachweisen oder Nachweisen von erforderlichen Praktika der Schülerinnen und Schüler fehlen. Auch Lehramtsstudierenden sowie Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern sei es unmöglich, bestimmte Leistungen oder Prüfungen in Schulen zu erbringen. „Angesichts der dynamischen Entwicklung der Pandemie ist es notwendig, kurzfristig auf Entwicklungen zu reagieren und schnelle Entscheidungen herbeizuführen. Andererseits muss die Legitimation gerade solcher Entscheidungen, die in wesentliche Rechtspositionen oder berechnete Erwartungen eingreifen, gewahrt sein.“ Die Regelungen sehen u. a. vor, dass im Schuljahr 2019/2020 in der Regel kein Sitzenbleiben möglich ist. Ein Antrag der Grünen-Fraktion (17/9029) wurde in der ersten Lesung mit Mehrheit abgelehnt.

Mieterschutz

29.4.2020 – Die SPD-Fraktion kritisiert den Entwurf der Landesregierung für eine Mieterschutzverordnung. In ihrem Antrag „Vom Rückschritt zum Fortschritt: Der Entwurf einer Mieterschutzverordnung der Landesregierung muss verändert werden“ (17/9037) heißt es u. a., dass laut Entwurf die Möglichkeit zur Begrenzung des Anstiegs der Bestandsmieten ab 1. Juli 2020 nur noch in 18 statt bislang in 37 Kommunen des Landes möglich sein solle. Der Schutz von Mieterinnen und Mietern bei Eigenbedarfskündigung durch den Vermieter werde „massiv eingeschränkt, indem die achtjährige Kündigungssperrfrist grundsätzlich abgeschafft und die Fünfjahresfrist zur Regel erhoben wird“. Die Fraktion fordert daher an diesen und weiteren Punkten Korrekturen am Entwurf. So müssten die Änderungen bei den Kündigungssperrfristen zurückgenommen werden. Die Wohnungsnot in den nordrhein-westfälischen Städten habe sich seit Regierungsantritt



von CDU und FDP vor drei Jahren deutlich verschärft, ebenso der Mietpreisanstieg. Hohe Mietpreise und Wohnungsnot verfestigten soziale Ungleichheit. Vor diesem Hintergrund komme dem Erhalt und der Fortentwicklung des landesrechtlichen Mieterschutzes eine immer größere Bedeutung zu. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (federführend) überwiesen.

Schutzverordnung

29.4.2020 – Der Landtag hat den Antrag der AfD-Fraktion „Coronaschutzverordnung: Willkür beenden – NRW wieder ‚aufmachen!‘“ (17/9048) mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt. „Die in der Coronaschutzverordnung vorgesehenen Unterscheidungen zwischen Einzelhandelsgeschäften, die öffnen dürfen, und solchen, die geschlossen bleiben müssen, sind willkürlich und nicht sachgerecht“, heißt es in dem Antrag. Es sei „nicht nachvollziehbar, warum das Gastgewerbe nicht unter Einhaltung von Hygieneregeln wieder geöffnet werden kann“. Zoologische Gärten, Tierparks und ähnliche Einrichtungen seien „besonders geeignet, Familien während der Pandemie eine Freizeitaktivität zu bieten, ohne dass die allgemeinen Abstands- und Hygieneregeln missachtet werden müssten“. Die Landesregierung solle den Betrieb von Einzelhandelsgeschäften unabhängig von Betriebsgröße, Verkaufsfläche oder Branche unverzüglich unter Einhaltung strenger Hygienevorgaben wieder erlauben. Dies gelte auch für „den Betrieb von Restaurants, Gasthäusern, Biergärten und ähnlichen gastronomischen Einrichtungen“. Das Verbot von „touristischen“ Übernachtungen müsse aufgehoben, Zoologische Gärten, Tierparks und ähnliche Einrichtungen müssten vom Betriebsverbot ausgenommen werden.

Zweiter Nachtragshaushalt

29.4.2020 – Die Landesregierung hat das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2020 („Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum

Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020“; 17/9060) im Plenum eingebracht. Die finanzwirtschaftlichen Folgen des Corona-Virus trafen in ihren Auswirkungen nicht nur die gewerbliche Wirtschaft, sondern auch Institutionen und Unternehmen der öffentlichen – besonders der sozialen – Infrastruktur sowie die nordrhein-westfälischen Kommunen. Vor diesem Hintergrund solle auch die Rolle der NRW.Bank „weiterentwickelt“ werden. Ihre kreditwirtschaftlichen Unterstützungsangebote sollten in drei Programmen gebündelt werden: die Unterstützung öffentlicher und sozialer Infrastrukturen („InfrastrukturCorona“), die Unterstützung der nordrhein-westfälischen Kommunen („KommunalCorona“) sowie die Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft („UniversalCorona“). Dazu seien Haftungsfreistellungen des Landes zugunsten der Förderbank des Landes erforderlich, damit diese die zu erwartende Nachfrage aufsichtsrechtlich tragen könne. Das Haushaltsvolumen bleibe durch das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz unverändert. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Autoindustrie

29.4.2020 – „Stärkungspakt Automobilindustrie: Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie erhalten – Die schlimmste Krise in Deutschlands Schlüsselindustrie ernst nehmen – Maßnahmen zum Schutz vor Brüssels belastenden ‚Klimaschutz‘-Vorgaben und Strafzahlungen ergreifen!“ – so lautet ein Antrag der AfD-Fraktion, der im Landtag beraten worden ist (17/9043). Die Fraktion nennt die Automobil- und Zulieferindustrie in ihrem Antrag das „Rückgrat der deutschen Wirtschaft“. Das Herunterfahren der Produktion im Zuge der Corona-Krise habe die Branche schwer getroffen. Experten rechneten damit, dass rund 14 Millionen Europäer ihre Arbeit verlieren könnten. Doch nicht erst seit der Corona-Krise befinde sich die Branche „im Umbruch. Lange vor der Corona-Krise wurden

den deutschen Autobauern strenge Vorgaben für einen angeblichen Klimaschutz gemacht. So ist der erzwungene Ausbau der Elektromobilität beispielhaft für die Bevormundungspolitik gegenüber Autobauern und Verbrauchern zu nennen“, kritisiert die AfD. Sie fordert die Landesregierung auf, sich u. a. dafür einzusetzen, dass die Kaufprämie für E-Autos auf Bundesebene abgeschafft werde. Zudem müsse die staatliche Förderung von Ladestationen für E-Autos in NRW eingestellt werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (federführend) überwiesen.

Kommunen und Corona

29.4.2020 – Die Landesregierung soll auch Kommunen unter den Rettungsschirm des Landes nehmen. Dies fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Städte und Gemeinden nicht im Stich lassen – Kommunen gehören unter den Corona-Rettungsschirm“ (17/8945). Er wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (federführend) überwiesen. „Die Corona-Pandemie, ihre Bekämpfung und die sich daraus ergebenden Folgen werden zu allererst in den 396 Kommunen und den 30 Kreisen sowie der Städteregion Aachen relevant“, schreibt die Fraktion. Die Kommunen seien auch im Gesundheitsschutz „das Fundament und die Stützen unseres Landes“. Sie stünden nun vor großen Herausforderungen. Die Fraktion fordert die Landesregierung u. a. auf, „Mittel aus dem Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise zur Kompensation kommunaler Steuerausfälle zur Verfügung zu stellen“. Kommunale Mehrkosten, die in Folge der Bewältigung der Corona-Krise entstünden, müssten ausgeglichen werden. Die Liquidität der Kommunen müsse über ein entsprechendes Programm der NRW.Bank sichergestellt werden. Zudem solle die Landesregierung ein Programm zur Lösung der Altschuldenproblematik auflegen.



PLENUM

Rheinbrücke im Blickpunkt

Aktuelle Stunde zur Situation des Neubaus in Leverkusen

29. April 2020 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über Probleme beim Neubau der Leverkusener Rheinbrücke diskutiert. Die Fertigstellung werde sich verzögern. Die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD hatten die Debatte beantragt.

Am 24. April 2020 habe Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) den Vertrag mit der ausführenden Baufirma Porr aus Österreich gekündigt, schreiben die Grünen in ihrem Antrag (17/9097). Medienberichten zufolge drohten „jahrelange Verzögerungen und sogar eine Verdoppelung der Baukosten“. Der Landesbetrieb Straßen.NRW habe schon vor mehr als einem Jahr auf Probleme hingewiesen und empfohlen, die Verträge mit Porr zu kündigen, betonte die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (17/9098). Verkehrsminister Wüst habe darüber weder das Parlament noch die Öffentlichkeit informiert. Der Hauptgrund für die Vertragskündigung seien mangelhafte Stahlbauteile aus China, heißt es im Antrag der AfD-Fraktion (17/9099).

Grünen-Fraktionschef **Arndt Klocke** bezeichnete die Leverkusener Rheinbrücke als ein „Symbol für die bröckelnde Infrastruktur“ im Land. Es sei „verheerend“, dass sich der Neubau um mindestens drei weitere Jahre verzögern werde. Das bedeute: „Drei Jahre mehr Staus, Umgehungsverkehre, mehr Schadstoffe und Chaos am Leverkusener Dreieck.“ Minister Wüst hätte das Parlament und den Verkehrsausschuss früher über die „sich abzeichnende und zuspitzende Problematik“ und auch über die Asbestbelastung der alten Brücke informieren müssen. Klocke forderte ein „rückhaltloses Offenlegen, wie es zu dem Desaster an der Brücke“ kommen konnte.

Die Verzögerungen beim Bau seien ein „Super-GAU für die Mobilität der Menschen in unserem Land“, sagte **Jochen Ott** (SPD). Wie beim Berliner Flughafen drohe ein jahrelanger Rechtsstreit. Es sei „eine Unverschämtheit“,

dass die Landesregierung weder die Kommunen noch den Landtag vorher informiert habe. Minister Wüst sei ein „Zauderer“, der es versäumt habe die Verträge früher zu kündigen, obwohl Mitarbeitende von Straßen.NRW frühzeitig auf Probleme hingewiesen hätten. Spätestens als Prüfer des Landes aus chinesischen Betrieben ausgewiesen worden seien, hätte Wüst das Parlament informieren müssen.

„Nationale Bedeutung“

Dass Nordrhein-Westfalen Stahl aus knapp 10.000 Kilometer entfernten Orten importiere, sei absurd, sagte **Herbert Strotebeck** (AfD). NRW produziere den „besten Stahl der Welt in den besten Stahlwerken der Welt“. Dies lasse sich mit Zertifikaten nachweisen. Für „Billigfirmen aus Fernost“ gelte das nicht. Deren Stahl möge auf den ersten Blick billiger sein, die Menschen und die Industrie in Nordrhein-Westfalen könne er aber teuer zu stehen kommen, sagte Strotebeck. Verkehrsteilnehmer müssten nun bangen, viele weitere Jahre im Stau zu stehen und die Leverkusener Brücke weiträumig umfahren zu müssen.

Klaus Vosseem (CDU) empfahl der SPD-Fraktion, verbal abzurufen. Störfälle wie die Nuklearkatastrophe 1986 in Tschernobyl würden „Super-GAU“ genannt. Sie seien nicht mit der Situation an der Leverkusener Brücke vergleichbar. Die fristlose Kündigung des Vertrags und die Neuausschreibung nannte er einen „folgerichtigen und konsequenten Schritt“. Beim Bau der Leverkusener Rheinbrücke handle es sich um ein „Projekt von nationaler Bedeutung“. Die Neuausschreibung schaffe nun einen

„verlässlichen Zeitrahmen“. Kritik der Opposition an der Informationspolitik des Verkehrsministeriums wies Vosseem zurück.

Bodo Middeldorf (FDP) betonte, dass die Leverkusener Rheinbrücke eine herausragende Bedeutung habe – für die Menschen und die Wirtschaft in der Region, aber auch darüber hinaus als Teil einer der wichtigsten Verkehrsverbindungen im Land. Sie sei zugleich das Symbol für den Zustand der Straßen, für jahrzehntelange Vernachlässigung der Infrastruktur. Beim Neubau dürfe es keinen Zweifel an der Sicherheit und der Langlebigkeit der verbauten Teile geben. Bei der Abwicklung des Bauauftrags habe es aber „massive Probleme“ gegeben. Nun müssten alle Optionen geprüft werden, um weitere Verzögerungen zu vermeiden.

Verkehrsminister **Hendrik Wüst** (CDU) verteidigte die erfolgte Kündigung des Vertrags mit dem Generalunternehmen wegen der Probleme beim Neubau. Er stehe hinter dieser Entscheidung. Es seien „gravierende Mängel“ bei der Verarbeitung der Stahlbauteile festgestellt worden. Diese könnten nicht akzeptiert werden. Natürlich wolle auch er, dass der Neubau so schnell wie möglich fertiggestellt werde. Bei Qualität und Sicherheit dürfe es aber keine Abstriche geben. Wüst kündigte an, dass es noch in dieser Woche eine Neuausschreibung geben werde. Die Fertigstellung der Brücke sei für September 2023 geplant.

Mitberaten wurde ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion (17/9034) zum Neubau der Leverkusener Rheinbrücke. Der Antrag wurde an den Verkehrsausschuss (federführend) überwiesen.

tob, zab, wib

Corona und die Folgen für Familien

Abgeordnete diskutieren über Belastungen für Kinder, Jugendliche und Eltern

30. April 2020 – Die Fraktion der Grünen sowie die Fraktionen von CDU und FDP hatten eine Aktuelle Stunde beantragt. Sie sprachen von einer schwierigen Situation für viele Familien. Im Mittelpunkt der Debatte standen mögliche Lockerungen bei Freizeitaktivitäten und der Kinderbetreuung.

Die aktuelle Krise treffe Kinder und Familien besonders hart, sagte **Josefine Paul** (Grüne). Deren Belange würden oft nicht mitgedacht. Es werde über Möbelhäuser und Fußball diskutiert, „aber Kinder dürfen nicht einmal auf den Spielplatz gehen“. Beim Krisenmanagement der Landesregierung spielten Kinder kaum eine Rolle, obwohl auch sie „systemrelevant“ seien und Entlastung bräuchten.

Jens Kamieth (CDU) entgegnete, die Landesregierung habe u. a. dafür gesorgt, dass Kitas und die Kindertagespflege weiter finanziert würden, unabhängig von der Belegungssituation. Sie habe eine Notbetreuung ermöglicht, die auch Alleinerziehende in Anspruch nehmen könnten. Spielplätze sollten „perspektivisch“ wiedereröffnet werden, Kitas und die Kindertagespflege „behutsam“ in den Regelbetrieb zurückkehren.

Marcel Hafke (FDP) sprach von einer „extrem belastenden Situation“. Kinder bekämen teilwei-

se das Gefühl, „eingesperrt zu sein“. Es drohe die Gefahr psychosozialer Schäden. Entscheidend sei, Eltern und Kindern eine Perspektive zu geben, dass Bildungsangebote vor den Sommerferien öffnen. Als Erste müssten u. a. Kinder mit besonderem pädagogischen Förderbedarf und aus beengten Wohnverhältnissen wieder an den Start gehen.

„Schrittweise Öffnung“

Gerade für Kinder sei der Kontakt zu Gleichaltrigen wichtig, sagte **Dr. Dennis Maelzer** (SPD). Deshalb sei es richtig, „über einen verantwortungsvollen Weg zur schrittweisen Öffnung der Kitas zu diskutieren“. Dabei müsse man immer die Entwicklung des Infektionsgeschehens im Blick behalten. Der SPD seien die Bedürfnisse von Kindern und Familien in der Corona-Krise von Beginn an ein besonderes Anliegen gewesen.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) sagte, Kinder litten unter der Situation. Je länger die „Isolation“ andauere, desto deutlicher werde dies. Alle Kinder benötigten Kontakt zu ihren Spielkameraden. Auch sie kritisierte, dass zwar über die Wiederaufnahme des Bundesliga-Spielbetriebs gesprochen werde, aber die Belange der Kinder keine große Rolle in der Debatte spielten. Es müssten schnellstmöglich Lösungen gefunden werden.

Familienminister **Dr. Joachim Stamp** (FDP) betonte, dass die Ministerien der Länder unter Federführung Nordrhein-Westfalens einen Plan entwickelt hätten, um Kitas und Tagespflege sukzessive wieder zu öffnen. Nach der Notbetreuung und einer erweiterten Notbetreuung wolle man in den kommenden Wochen den Pfad eines „eingeschränkten Regelbetriebs“ gehen. Der normale Regelbetrieb, so wie er im Gesetz stehe, werde erst möglich sein, wenn es einen Impfstoff gebe. *tob, zab, wib*



Fotos: Schälte

Josefine Paul (Grüne)

Jens Kamieth (CDU)

Marcel Hafke (FDP)

Dr. Dennis Maelzer (SPD)

Iris Dworeck-Danielowski (AfD)

Familienminister Dr. Joachim Stamp (FDP)

Zwei Anträge

Der Aktuelle Stunde lagen Anträge der Grünen-Fraktion sowie der Fraktionen von CDU und FDP zugrunde.

Die Landesregierung betone zwar die schwierige Situation von Kindern und Familien während der Corona-Krise, habe aber bislang keine konkreten Konzepte zur Unterstützung vorgelegt, heißt es im Antrag der Grünen-Fraktion („Familien und Kinder in der Krise nicht alleine lassen!“, [17/9100](#)). Umso belasteter die Familiensituation sei, desto beeinträchtiger und im Extremfall gefährdeter sei das Kindeswohl, so die

Grünen. „Freiräume für Kinder müssen wieder zugänglich gemacht werden, dafür braucht es Konzepte zur Öffnung von Spielplätzen, Bewegungs- und Spielangebote für Kinder im Freien, temporäre Spielstraßen und sichere Fahrradwege, aber vor allem auch eine verlässliche Perspektive für Kitas und die Kindertagespflege“, heißt es in dem Antrag.

Die Fraktionen von CDU und FDP beziehen sich in ihrem Antrag („Lebenswelten und Lebenswirklichkeiten von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie ausreichend berücksichti-

gen“, [17/9101](#)) auf eine Stellungnahme der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin. Demnach drohten „durch das Kontaktverbot und das Eingesperrtsein psychosoziale Schäden“. Im Antrag heißt es: „In den Diskussionen über mögliche Lockerungen werden die Interessen, die Lebenswelten und die Lebenswirklichkeiten von Kindern und Jugendlichen bisher nicht immer ausreichend berücksichtigt.“ Es sei richtig, über Abiturprüfungen oder die Ausweitung der Notbetreuung in Kitas zu diskutieren. Allerdings müsse auch das Bedürfnis nach Freizeitaktivitäten in den Blick genommen werden.

Porträt: Carsten Löcker (SPD)



Alles ist anders. Man trifft sich zum Gespräch nicht in Carsten Löckers Landtagsbüro oder sitzt sich im Foyer beim Kaffee gegenüber. Man erreicht ihn zu Hause am Telefon, in Hertens-Disteln. Der SPD-Abgeordnete hat seinen Aktionsradius verstärkt in den heimischen Wahlkreis verlagert. Video-Calls, Telefonkonferenzen – und die Plenarsitzungen in Düsseldorf, an denen derzeit weniger Abgeordnete als sonst teilnehmen, verfolgt er meist online. „Klappt ganz gut“, sagt er, „kann auf Dauer aber nicht den persönlichen Kontakt ersetzen.“ Die Politik in den Zeiten von Corona.

Sonntags auf dem Sportplatz

Herten also. Als er dort aufwächst, ist von Politik in seinem Elternhaus kaum die Rede. Diskutiert wird über Fußball. Sein Vater kickt in den 50ern erfolgreich in der Amateuroberliga bei Blau-Weiß Langenbochum, seine Mutter ist in den 60er-Jahren, als es der Frauenfußball noch schwer hat, bereits eine sehr gute Mittelstürmerin bei den Sportfreunden Herten. „Klar war, sonntags ging man auf den Sportplatz“, erinnert sich Löcker. Schalke 04 ist oft Thema. Als Kind habe er zwei Schnuller im Mund gehabt, sagt der 59-Jährige, „einen königsblauen und einen roten“.

Für den roten sorgt sein Großvater. Er arbeitet als „Püttrologe“ (Bergmann) auf der Zeche „Schlägel und Eisen“, ist überzeugter

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Carsten Löcker (SPD). Der 59-Jährige stammt aus dem Ruhrgebiet und ist verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Schon sein Großvater war überzeugter Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Löcker hat Ausbildungen zum Koch und Berufskraftfahrer absolviert. Bei den Vestischen Straßenbahnen war er Betriebsratsvorsitzender.

Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Dem Enkel rät er früh, sich zu engagieren, wenn er etwas ändern wolle, allerdings nur unter einer Bedingung: „Du kannst alles machen, außer in die CDU zu gehen.“ Noch ist der junge Carsten nicht so weit, aber sein Opa trägt früh dazu bei, dass die SPD – so Löcker – „bis heute Teil meiner DNA ist“.

Lehre als Koch

Nach der Fachoberschulreife folgt zunächst eine Lehre als Koch. Er hat Interesse an Lebensmitteln, Sinn für gutes Essen. Die dreijährige Ausbildung ist auch sehr anstrengend, erfordert viel Disziplin, oft dauern die Arbeitstage in der Küche zwölf Stunden und länger. „Man musste sich durchbeißen“, erinnert sich Löcker. Für ihn ist es gleichwohl eine spannende Zeit, von der er anschließend als Zeitsoldat bei der Bundeswehr profitiert. Dort landet er in der Verpflegungsverwaltung, kümmert sich um die Einkäufe, erstellt Speisepläne. Vier Jahre geht das so.

Dann die Zäsur. Carsten Löcker hat seine Frau Petra kennengelernt, will eine Familie gründen. „Ich brauchte eine andere Struktur“, sagt er, einen Beruf, der verlässlicher ist als das vergleichsweise hektische Dasein als Koch. 1987 geht er zu den Vestischen Straßenbahnen, die gerade Busfahrer suchen, macht eine Ausbildung zum Berufskraftfahrer. Die Bezahlung ist gut, die Arbeitszeit geregelt. Parallel dazu begibt er sich auf die Spuren des Großvaters, wird freigestellter Betriebsrat, schließlich Vorsitzender. In die SPD ist er schon 1985 eingetreten.

1999 trägt ihn seine lokale Arbeit in den Hertener Stadtrat, dem er 20 Jahre lang angehört wird, acht Jahre als Fraktionschef. Er erlebt und erleidet den typischen Alltag eines Politikers in der Emscherzone, und bei aller Liebe zum Revier ist Carsten Löcker weit davon entfernt, das Ruhrgebiet zu verklären. Finanzlöcher, wegbrechende Industriearbeitsplätze und eine schmale wirtschaftliche Substanz setzen der einst prosperierenden Kommune bis heute zu. „Herten muss kämp-

fen“, sagt er unumwunden, „wir leben von der Hand in den Mund.“

Löcker findet sein persönliches Einsatzfeld als verkehrspolitischer Sprecher der SPD im Landtag, in den er 2012 gewählt wird. Er nennt es seine „Paradedisziplin“. Bei der „Vestischen“ habe er mitansehen müssen, wie Infrastruktur über Jahrzehnte von Regierungen jeder Couleur „kaputtgespart“ worden sei, zugunsten des Autobahnbaus. „Der Nahverkehr war die Spardose, bis hin zum Verlust von Arbeitsplätzen“, so Löcker, „davon hat er sich bis heute nicht erholt.“ Das müsse sich ändern.

Ende des Gesprächs. „Machen Sie's gut, Herr Löcker!“ Vielleicht begegnet man sich mal zufällig, vielleicht im Landtag. Schüttelt sich nach der Corona-Ära mal die Hände. Damit man sieht, wen man vor sich hatte, damals am Telefon.

Theo Schumacher

Zur Person

Carsten Löcker (59) war 14 Jahre lang Chef der Hertener SPD. Er wurde zweimal direkt für den Wahlkreis 70 (Herten/Marl) in den Landtag gewählt. Der Vater einer Tochter (29) ist Mitglied im Verkehrs- und Umweltausschuss.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Meine Reise in die Welt der Gewürze“. Gewürze sind das Leben.

Welche Musik hören Sie gerne?

Hauptsache gewöhnlich.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

7 Grad Celsius. Mittel zum Leben brauchen gesunde Umgebung.

Ihr liebstes Reiseziel?

Ich wähle meine Reiseziele nach dem Essen aus: Cuisine impromptue. Trouvailles vom Markt zu gutem Essen zusammenstellen.

Kurz notiert

Besuchsprogramme

Der Landtag Nordrhein-Westfalen versteht sich selbst als das „Haus der Bürgerinnen und Bürger“. Jedes Jahr besuchen rund 70.000 Menschen ihr Landesparlament – viele auch an den Wochenenden, um sich u. a. das Landtagsforum anzuschauen. Um das Corona-Virus einzudämmen, hat der „Parlamentarische Krisenstab Pandemie“ aber beschlossen, vorerst bis 30. Juni 2020 auf alle Besuchsprogramme zu verzichten. Auch ist das Parlament derzeit nicht an Wochenenden für Individualbesucherinnen und -besucher geöffnet. Aktuelle Informationen erhalten Interessierte auf der Internetseite des Landtags unter www.landtag.nrw.de/Besuch im Landtag.

Videowettbewerb

Der Landtag hat angesichts der Schulschließungen infolge der Corona-Pandemie den Einsendeschluss für seinen Schul-Video-Wettbewerb zum Verfassungsjubiläum verlängert. Klassen und Arbeitsgemeinschaften der Jahrgangsstufen 8 bis 10 aller weiterführenden Schulformen können ihre Videos bis auf Weiteres einreichen. Wegen der dynamischen Entwicklung des Pandemiegeschehens verzichtet der Landtag zudem zunächst auf einen neuen Einsendeschluss. Vor 70 Jahren, am 18. Juni 1950, war die Landesverfassung in einem Volksentscheid angenommen worden. Aus Anlass des Jubiläums hatte der Präsident des Landtags, André Kuper, im vergangenen November den Videowettbewerb unter dem Motto „Zukunft NRW – Was bedeutet die Landesverfassung für uns?“ ins Leben gerufen. Ursprünglich war der Einsendeschluss für den 30. April 2020 vorgesehen. Weitere Informationen zum Wettbewerb finden Sie im Internetangebot des Landtags: www.landtag.nrw.de.

Gestorben

6.3. Hildegard Matthäus (CDU/85)
Mdl 1980–1995

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint Anfang Juni 2020.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

heute halten Sie eine besondere Ausgabe unserer Parlamentszeitschrift in Ihren Händen. Denn die Corona-Pandemie hat auch die Arbeitsweise des Landtags seit einigen Wochen verändert. Sie macht Sondersitzungen und besondere Schutzmaßnahmen notwendig, erfordert zugleich gezieltes politisches Handeln. Der Landtag war und ist dabei zu jeder Zeit arbeitsfähig. Unsere parlamentarische Demokratie bewährt sich auch in dieser krisenhaften Zeit.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch im Namen des Präsidiums und aller 199 Abgeordneten von ganzem Herzen bedanken: bei Ärztinnen und Ärzten sowie dem Pflegepersonal, die seit Wochen für die Gesundheit unserer Mitmenschen kämpfen. Bei der Polizei, den Kommunen und den Rettungskräften. Bei denen, die unsere Versorgung sichern. Unser Dank gilt zudem allen Bürgerinnen und Bürgern, die auch angesichts großer persönlicher Belastungen und Einschränkungen durch umsichtiges Verhalten dazu beitragen, Mitmenschen zu schützen. Sie alle leben vor, woraufes jetzt ankommt: Zusammenhalt! Und so wünsche ich Ihnen und allen, die Ihnen nahestehen, vor allem Gesundheit und Durchhaltevermögen in dieser für uns alle nicht einfachen Zeit.

Herzlichst,

Ihr André Kuper
Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen

Foto: Schälte